



ANGELA MERKEL:

Schröder steht mit dem Rücken **zur Wand**

Führungsschwäche und mangelnde Glaubwürdigkeit – mehr hat Bundeskanzler Schröder nicht zu bieten. Und das in einer Zeit, in der – für jeden spürbar – die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes gerade nach „Führung und Verlässlichkeit“ fragen.

Nur noch mit einem „Tunnelblick“ nehme Schröder die Realität in Deutschland wahr, so dass selbst die

neuesten Arbeitslosenzahlen der Bundesanstalt für Arbeit in der Bundestagsrede des Kanzlers nicht mehr vorkommen.

Unmissverständlich die Antwort der Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Generaldebatte über den Bundeshaushalt am 4. Dezember: „Herr Bundeskanzler, Sie sind Ihren Aufgaben nicht gewachsen.“ *Forts. Seite 2*

Frohe Weihnachten und ein glückliches und erfolgreiches neues Jahr!

Die nächste UID-Ausgabe erscheint am 9. Januar 2003

Merkel vor Schröder

■ Die Kritik an der Bundesregierung geht nach *Infratest dimap* jetzt auch am Kanzler nicht vorbei. Erstmal liegt er bei der Frage, wen die Deutschen bei einer Direktwahl zum Kanzler bestimmen würden, hinter Angela Merkel. Schröder bekäme 40%, Merkel käme auf 46%.

■ An Tempo gewonnen hat der Abwärtstrend der Sozialdemokraten. Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, käme die SPD nur auf 28%, 10% weniger als am 22. September. Die meisten Stimmen erhielten CDU und CSU: 48%.

■ Die Krise der SPD ist die Folge großer Unzufriedenheit. Nur noch 16% der Bürger sind mit der Regierungsleistung dieser Partei einverstanden.

■ Eine deutliche Mehrheit schließlich hält die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses „Wahlbetrug“ für richtig, nämlich 65%.

Fortsetzung von Seite 1

Angesichts der Reformunfähigkeit der Koalition kündigte die Oppositionsführerin eigene Vorschläge vor allem auf denjenigen Politikfeldern an, auf denen Rot-Grün ganz besonders versage: in der Steuerpolitik und bei den sozialen Sicherungssystemen.

Angela Merkel signalisierte deshalb auch Verhandlungsbereitschaft der Union im Vermittlungsausschuss über die Eilgesetze zu Arbeit, Rente und Gesundheit.

Hartz umsetzen

Entgegen billigen Blockade-Vorwürfen an die Adresse der Opposition, so die Fraktionsvorsitzende, wollen die Unionsparteien die Umsetzung der vernünftigen Teile des Hartz-Konzepts, von deren jetzt verwässerter Form sich sogar deren Namensgeber distanziert hat. Dazu gehören nach Meinung der CDU/CSU auch die Abschaffung des Scheinselbstständigkeits-

gesetzes und die Verankerung betrieblicher Bündnisse für Arbeit im Betriebsverfassungsgesetz. Angela Merkel: „Gerade im Zeichen der Globalisierung müssen die unterschiedlichen betrieblichen Realitäten stärker als bisher berücksichtigt werden.“

Eine klare Absage erteilte die Fraktionsvorsitzende der Wiedereinführung der Vermögensteuer. Denn die Folge wäre: Abwanderung des dringend notwendigen Kapitals für Investitionen ins Ausland. Deshalb wolle die Union den entgegengesetzten Weg gehen: konsequente Steuersenkung. Denn nur dadurch werde wieder Wachstum möglich, könnte neue Beschäftigung geschaffen und die Wirtschaftskrise überwunden werden.

Angela Merkel: „Wir werden dran bleiben und eine Steuerreform ausarbeiten, die einfach, transparent und für die Bürger verständlich ist.“

Wortlaut Bundestagsrede: Dokumentation

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Ernst-Jörg Neuper, Klingenhoferstr. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

IMPRESSIONUM



GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Neuwahlen können die Stabilität Deutschlands sichern

Mit ihrem Parteitag in Hannover haben sich die Grünen „nahtlos dem Chaos in der Bundesregierung angepasst“, sagte Generalsekretär Laurenz Meyer am 9. Dezember in Berlin. Anstatt sich mit den drängenden Problemen der sozialen Sicherungssysteme und der Außenpolitik zu beschäftigen, stünden innerparteiliche Querelen im Mittelpunkt.

Die Autorität von Bundesaußenminister Joschka Fischer habe nicht ausgereicht, eine Sonderregelung durchzusetzen, um den Verbleib der bisherigen Vorsitzenden Claudia Roth und Fritz Kuhn zu ermöglichen. Neue Grünen-Chefs sind Angelika Beer und Reinhard Bütikofer – zwei Politiker, die nicht zur ersten Garde gehören.

Die rückwärts gewandten Kräfte der Grünen haben sich durchgesetzt

Laurenz Meyer betonte: Mit der Wahl der neuen Parteispitze hätten die Grünen

ihren selbst ernannten Anspruch aufgegeben, Reformpartei zu sein. Es sei offensichtlich, dass sich die „rückwärts gewandten Kräfte durchsetzen könnten“, bekräftigte der Generalsekretär. Von daher habe die Zerrissenheit zwischen den Re- alos und den Fundis eher noch zugenommen. Das ganze Ausmaß werde sich spätestens bei den anstehenden Problemen in der Außenpolitik zeigen.

Der Generalsekretär machte deutlich, dass der Zustand der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr „stabil“ sei. Da in den kommenden Wochen und Monaten wichtige Entscheidungen anstünden, lasse dies das Schlimmste befürchten. Zugleich erteilte Meyer Spekulationen über eine große Koalition eine klare Absage. Derlei „Gerüchte helfen nicht weiter“, zumal sich die SPD in einem „hundsmiserablen Zustand befindet“. Neuwahlen seien der geeignete Weg, um die Stabilität des Landes zu sichern.

Weiterer Außenpolitischer Schaden drohe durch die aktuelle Diskussion um

Überflugrechte für die USA im Falle eines Irak-Krieges. Der Generalsekretär sprach sich dafür aus, dass sich Deutschland auf der Basis eines UN-Mandats im Rahmen seiner Möglichkeiten um Unterstützung bemühen müsse. Einen Angriff auf den Irak könne es aber nur mit Billigung der Vereinten Nationen geben. Einen Alleingang der USA lehnte Meyer als nicht gerechtfertigt ab.

Der Weg der Gesundheitsministerin führt zur Einheitskrankenkasse

Ausdrücklich begrüßte der Generalsekretär das geplante Bonus-Modell der Techniker Krankenkasse. Selbstbehalte im Gegenzug zu einem günstigeren Tarif seien ein richtiger Schritt zur Reform des Gesundheitswesens. Mit ihrem Nein zu diesem Modellversuch befände sich Gesundheitsministerin Schmidt auf dem „Holzweg“ und schlage einen Weg ein, der in die Einheitskrankenkasse führe. **UID**

Wieder einmal plündert Rot-Grün den Bundeshaushalt für **Wahlwerbung**

Zu der vom Bundesfinanzminister geplanten neuen Broschüre „Procent“ erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Nur wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen will Eichel wieder einmal in verfassungswidriger Weise Öffentlichkeitsarbeit betreiben. In einer neuen Broschüre mit dem Titel „Procent“ in einer Erstauflage von drei Millionen Stück will er seine Haushaltspolitik erläutern und erklären, wie die Bundesregierung die Finanzkrise meistern will. Der Titel dieses Kapitels „Gute Zeiten – Schlechte Zeiten“ macht deutlich, dass Rot-Grün seine dümmlichen Entschuldigungen und Ausreden jetzt auch noch in Hochglanz verbreiten will – auf Kosten des Steuerzahlers! Die Aufklärungsarbeit des bisher von Rot-Grün gestoppten Untersuchungsausschusses „Wahlbetrug“ soll damit konterkariert werden.

Die Absicht der Wahlwerbung wird aus den geplanten Stückzahlen deutlich. Die erste Auflage kurz vor Weihnachten soll drei Millionen

Stück betragen, die späteren Auflagen nur noch 80.000 Stück im Abonnement. Obwohl der Erklärungsbedarf zu Eichels und Schröders Politik von Tag zu Tag eher größer wird – nicht kleiner! Die Werbe-Aktion vor Weih-

nachten soll 800.000 Euro kosten. Die Haushaltssperre, die Eichel im August verhängt hat, gilt wohl nur für andere. Wieder einmal plündert Rot-Grün zu Zwecken der eigenen Wahlwerbung den Bundeshaushalt.

HARRY PETER CARSTENSEN:

Steuervorhaben kippen!

Zu Äußerungen rot-grüner Politiker zu steuerlichen Maßnahmen im Bereich der Landwirtschaft erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die faktische Abschaffung der Umsatzsteuerpauschalierung, die Absenkung der Vorsteuerpauschale auf 7 % und die Erhöhung der Mehrwertsteuer für landwirtschaftliche Vorprodukte sowie Zierpflanzen und Blumen werden sich als Unternehmens- und Jobkiller erweisen.

Diese Erkenntnisse haben wohl rot-grüne Politiker

auch gewonnen. Anders ist es nicht zu erklären, wenn sie jetzt durch die Landesziehen und die Steuerbeschlüsse der Bundesregierung punktuell als nicht durchdacht kritisieren. Dies hilft unseren Landwirten aber überhaupt nicht, wie wir dies in der Vergangenheit bereits mehrfach erlebt haben. Auch hier besteht wieder die Gefahr, dass 100 % weggenommen und 10 % wiedergegeben werden, für die man sich feiern lässt. Wir fordern Ministerin Künast und ihre agrarpolitischen Kollegen auf, bei Minister Eichel vorstellig zu werden und diese unsäglichen Steuervorhaben zu kippen.

ANGELA MERKEL:

Ideologie rot-grüner Agrarpolitik gefährdet Existenz der Landwirte

Schwere Versäumnisse in der Agrarpolitik hat die Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, der rot-grünen Bundesregierung vorgeworfen.

„Würde die Landwirtschaft dem Bundeskanzler wirklich etwas bedeuten, dann hätte er sie nicht den Grünen überlassen“, sagte Merkel auf dem „Bauern- tag“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 9. Dezember in Lüneburg.

Landwirtschaftsministerin Renate Künast (Grüne) wolle konventionelle und ökologische Anbaumethoden gegeneinander ausspielen. Genau dadurch – durch diese „ideologische Ausrichtung“ ihrer Agrarpolitik – bringe sie die Existenz vieler Landwirte in Gefahr.

Es sei ein „verhängnisvoller Irrweg“, den ökologischen Landbau in zehn Jahren auf 20 Prozent steigern zu wollen: „Ein so unrealistischer Eingriff in den Markt ist nicht zu finanzieren. Renate Künast macht Politik an den Menschen vorbei.“

Die rot-grüne Steuerpolitik schade den deutschen



Foto: dpa

Landwirten ebenso wie eine „untragbar gewordene Bürokratisierung“. Die Landwirte können sich kaum noch ihrer eigentlichen Arbeit widmen, und der Finanzminister wird am Ende keinen Euro mehr im „Steuersäckel“ haben.

Gegen Türkei-Beitritt

Das alles im Zeichen der Osterweiterung der EU, die weitere Belastungen für die deutsche Landwirtschaft mit sich bringen wird: „Die Konkurrenz von zehn neuen Ländern ist eine riesige Herausforderung.“ Um so entschiedener müsse einem

EU-Beitritt der Türkei entgegengetreten werden. Dort sei die Hälfte der Einkommen von der Landwirtschaft abhängig, und das Land werde in zehn Jahren eine größere Bevölkerungszahl als Deutschland haben.

Christian Wulff, Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 2. Februar, kritisierte eine „gigantische Fehlentwicklung“ der Landwirtschaft in Niedersachsen: „Die Landesregierung hat den ländlichen Raum systematisch vernachlässigt. Die Fläche blutet aus.“ Dabei sei die Agrarwirtschaft nach der Automobilindustrie der wichtigste Wirtschaftszweig in Deutschland. **UID**

FRIEDRICH MERZ:

Mehr Freiheit wagen

Müntefering sei dank, jetzt wissen wir es: Für den maroden Bundeshaushalt ist nicht nur die Weltwirtschaft, der 11. September und das Wetter verantwortlich. Nein, die Bürgerinnen und Bürger hindern die rot-grüne Regierung daran, mit ihrer Politik die Menschen zu beglücken – weil sie zu viel konsumieren und dem Staat zu wenig lassen für die Erfüllung seiner Aufgaben.

Mit diesem entlarvenden Vulgärmärkismus macht der SPD-Fraktionsvorsitzende auch klar, wer die wahren Wahlbetrüger sind: Sie, die Bürgerinnen und Bürger, die der Bundesregierung nicht genügend Geld zur Verfügung stellen, damit diese ihre Wahlversprechen einlösen kann!

Welches Staatsverständnis hat diese Partei?

Was für eine Arroganz steckt dahinter, sich ein Urteil darüber anzumaßen, ob jemand sein verdientes Geld gut oder schlecht ausgibt? Welches Staatsverständnis hat eine Partei, die angesichts einer historischen Re-



kordlast bei Steuern und Sozialabgaben ständig auf der Suche nach neuen Wegen ist, die Bürger zu schröpfen? Vor allem: Welches Zutrauen in deren Fähigkeiten offenbart eine Bundesregierung, die alles in Bürokratie und Kontrolle erstickt, keine Leistungsanreize bietet und sogar die „Lufthoheit über den Kinderbetten“ des Nachwuchses fordert?

Nein, der Staat kann eben nicht alles und schon gar nicht alles besser. Was die Bürger wollen und brauchen, das wissen die Bürger selbst. Aufgabe des Staates ist es, Schutz und einen Rahmen zu gewähren, in dem sich Eigenverantwortung und Leistung entfalten können, nicht mehr und nicht weniger.

Deshalb muss in unserem Land endlich wieder der Grundsatz gelten, dass derjenige, der arbeitet, mehr verdient als derjenige, der

nicht arbeitet und soziale Transferleistungen erhält. Deshalb müssen wir uns endlich wieder darauf besinnen, dass die Soziale Marktwirtschaft auch das Wort „Markt“ enthält. Nur wenn der Markt funktioniert, auch als „Arbeitsmarkt“, bleibt auf lange Sicht die soziale Balance erhalten.

■ Wir wollen Freiräume, Eigenverantwortung, Leistung und Chancen

Deutschland befindet sich an einer Wegscheide: Im Gegensatz zur SPD-Politik der Einengung und Regulierung, des Zwangs, der Abkassiererei und Umverteilung steht die Union für Bürokratieabbau, Freiräume, Eigenverantwortung, Leistung und Chancen. Wir müssen und wir wollen mehr Freiheit wagen!

Ganz konkret: Mehr Beschäftigung und solide Haushalte sind nur durch mehr Wachstum zu erreichen. Deshalb muss vor allem der Mittelstand von Bürokratie und Abgaben entlastet werden. Deshalb muss das unselige Gesetz gegen die Scheinselbstän-

EDMUND STOIBER:

Wir müssen die Menschen
für Reformen gewinnen

Der bayerische Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende, Edmund Stoiber, will die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft durch den Abbau von Regulierungen und Bürokratie vorantreiben.

Auf der Jahresversammlung des Wirtschaftsbeirates der Union sagte Stoiber am 9. Dezember in München: Wenn ein „Selbstständiger im Schnitt 324 Stunden pro Jahr mit Bürokratie“ zubringe, müsse sich Grundlegendes ändern. In Bayern macht der



Ministerpräsident ernst: Bis zum Früh Sommer nächsten Jahres soll eine „Kommission zur Entbürokratisierung“ unter dem Vorsitz des früheren Chefs

in Deutschland der Unternehmensberatung McKinsey, Professor Herbert Henzler, eine Giftliste vorlegen. Das Ziel sei es, so Stoiber, „Hemmnisse für Wirtschaft, Unternehmensgründungen und Investitionen“ aus dem Weg zu räumen.

<http://>

Wortlaut der Rede:
www.cdu.de

digkeit noch vor dem Jahreswechsel gestrichen werden. Deshalb brauchen wir einen Niedriglohnsektor und bei der Zeitarbeit die versprochene 1:1-Umsetzung von Hartz. Und schließlich helfen uns betriebliche Bündnisse für Arbeit: Wenn vor Ort Unternehmensführung, Betriebsrat und Belegschaft einig sind, sollte das nicht von Funktionären in Gewerkschaftszentralen torpediert werden können.

Unser Land braucht endlich wieder eine gute Wirtschaftspolitik. Die Vorschläge der Union liegen auf dem Tisch. Wozu wir aber nicht bereit sind, ist, bei der Beseitigung der immer neuen Folgeschäden verfehlter rot-grüner Politik die Hand zu reichen – denn jede Sanierungsmaßnahme bei den öffentlichen Haushalten ist damit von vorneherein auf Sand gebaut.

DIE VORSCHLÄGE FÜR einen europäischen Verfassungsentwurf, die Kommissionspräsident Romano Prodi vorge stellt hat, hat der Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, **Hans-Gert Pöttering**, im Grundsatz begrüßt, auch wenn einzelne Fragen in der weiteren Diskussion noch gemeinsam zu erörtern seien. Pöttering rief Kommission und Europäisches Parlament zu einem

eindeutigen und klaren Bekenntnis zur Durchsetzung der Gemeinschaftsmethode auf, das heißt: der Mehrheitsentscheidung im Rat und der vollen Mitentscheidung des Europäischen Parlament, im Rahmen des Konvents. „Die Anwendung der Gemeinschaftsmethode muss das leitende Prinzip für alle Entscheidungen sein, die im einzelnen im Konvent zu treffen sind“, erklärte Pöttering.

Beer wird zum Sicherheitsrisiko für Bündnispartner und Rot-Grün

Zu den Äußerungen der gewählten Parteichefin von Bündnis90/Grüne, Angelika Beer, zur Anfrage der USA nach Unterstützung durch AWACS-Flugzeuge und der Gewährung von Überflugrechten erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Wir unterstützen grundsätzlich eine Anfrage der USA auf Hilfeleistung durch die AWACS-Flugzeuge der NATO. Sie stünde in der Tradition gegenseitiger Unterstützung und der bisherigen Auslandseinsätze des Bündnisses. Wir fordern die Bundesregierung aber nachdrücklich auf, den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit detailliert darüber zu informieren, ob und für welche Einsätze die USA Unterstützung durch AWACS-Flugzeuge der NATO angefragt haben. Dabei ist von einer Überwachungsrolle für den europäischen und amerikanischen Luftraum bis hin zur einer Schutzfunktion für den Bündnispartner Türkei vieles denkbar.



Mit ihrer heutigen Festlegung für einen Abzug der deutschen Besatzungs- teile aus den AWACS-Flugzeugen wird die grüne Verlegenheitsvorsitzende und ehemalige Sicherheitsexpertin Beer zum Sicherheitsrisiko für die Bündnispartner und Rot-Grün. Beer fährt nun wieder einen radikalpazifistischen Kurs und führt offensichtlich eine „Ohne-mich-Bewegung“ an, die sich internationalen Verpflichtungen entziehen will. Wenn die Sicherheit Deutschlands nach den jüngsten Aussagen

von Verteidigungsminister Struck aber auch „am Hindukusch verteidigt werden soll“, fragt sich, wieso das dann nicht für die Kontrolle und Beseitigung von Massenvernichtungsmitteln im Irak unter UN-Aufsicht gelten soll.

Falls das Verhalten Saddam Husseins den Vereinten Nationen keine Wahl lässt, eine friedenerzwingende Maßnahme nach Kapitel VII der UNO-Charta durchzuführen, so muss klar sein, dass Deutschland politische und tatkräftige Solidarität nicht verweigert. Das Herumgeiere a la Beer hinsichtlich AWACS-Flugzeugen oder Überflugrechten schadet der deutschen Sicherheit und dem Ansehen unsers Landes. Die Bundesregierung muss endlich Farbe bekennen. Schweigen schadet unserem Land.

BEIM BLICK AUF DIE GRÜNEN kann es einem schon mulmig werden. Schließlich ist diese unberechenbare Truppe, die sich am letzten Wochenende in Hannover politisch selbst entthauptet hat, nicht irgendein Blumenzüchterverein, sondern Regierungspartei in einer der führenden Industrienationen der Welt.

Handelsblatt, 9. Dezember

WOLFGANG SCHÄUBLE:

Die EU sollte der Türkei das Angebot einer privilegierten Partnerschaft machen

Zur Diskussion über die Aufnahme von Verhandlungen über einen EU-Beitritt der Türkei erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Türkei hat wichtige Fortschritte bei ihrer Demokratisierung gemacht, deren Umsetzung nach Kräften unterstützt werden muss. Unstrittig aber ist, dass die Kopenhagener Kriterien noch nicht erfüllt sind.

EU muss sich Klarheit über ihre Grenzen verschaffen

Unbeschadet der Frage der Erfüllung dieser Kriterien muss die Frage eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union ebenfalls im Zusammenhang mit den Vorstellungen zur politischen Identität Europas gesehen werden, die gegenwärtig vom Europäischen Konvent entwickelt werden. Die Europäische Union als handlungsfähige politische Einheit muss sich Klarheit über ihre Grenzen verschaffen und darüber, ob Länder,



die nur teilweise zu Europa gehören, uneingeschränkt Mitglied werden können. Deshalb sollten während der Arbeiten des Europäischen Konvents und mitten im Prozess der Erweiterung der EU um 10 Staaten weitere Festlegungen bezüglich eines Beitritts der Türkei vermieden werden. Die Ergebnisse der Arbeiten des Konvents können dazu führen, dass in beiderseitigem Interesse neue Formen der Zusammenarbeit gesucht werden.

Die EU sollte aus diesem Grund der Türkei das Angebot einer privilegierten Partnerschaft machen. Die Kommission sollte gebeten werden, Möglichkeiten auszuarbeiten, wie ein solches besonderes Verhältnis der Türkei und anderer Länder zu Europa in eine angemessene Form gebracht

werden kann. Die Bundesregierung ist eindringlich aufgefordert, darauf zu achten, dass keine unhaltbaren oder hinhaltenden Versprechungen hinsichtlich eines Datums für Beitrittsverhandlungen gemacht werden, die zu falschen Hoffnungen führen.

Aus dem Antrag der CDU/CSU vom 4. Dezember:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

- sich bei den Partnern in der EU dafür einzusetzen, dass jedes Verhandlungsangebot an die Türkei auch die Perspektive einer engen, privilegierten Partnerschaft mit der Europäischen Union enthält,
- dass der Europäische Rat der Europäischen Kommission den Auftrag erteilt, in Kürze Möglichkeiten zu präsentieren, wie ein solches besonderes Verhältnis der Türkei zu Europa angemessen formalisiert werden kann.

MARIA BÖHMER:

Rot-Grün schlägt bei Forschung und Bildung den **falschen Weg** ein

Anlässlich der Haushaltsdebatte zu den Themen Forschung und Bildung erklärt die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Forschung und Bildung müssen vor allem in wirtschaftlich schlechten Zeiten gefördert werden. Rot-Grün aber schlägt den falschen Weg ein. Vollmundig wurden vor der Wahl Versprechungen gemacht. 2,5 Prozent mehr Haushaltssmittel und zusätzlich 300 Millionen Euro für Ganztagschulen sollten für das Ministerium von Frau Bulmahn bereitgestellt werden. Denn Forschung und Bildung hätten Priorität. Dann hat Hans Eichel aber einen Strich durch die Rechnung gemacht. Schlappe 0,17 Prozent mehr für Forschung und Bildung sind übrig geblieben. Das ist eine Täuschung der Bürgerinnen und Bürger.

Im Klartext: Kürzung der Mittel

Die Haushalte der Forschungsorganisationen werden nicht, wie gemeinsam



mit den Ländern vereinbart, um drei Prozent angehoben. Stattdessen ist eine Nullrunde angesagt. Im Klartext bedeutet das angesichts von Teuerungsrate und Tariferhöhungen eine Kürzung der Mittel für die Forschung und für die Nachwuchsförderung. Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) rechnet mit einem Minus von 43 Millionen Euro, die Max-Planck-Gesellschaft mit einem Minus von 28 Millionen Euro, die Helmholtz-Gemeinschaft mit einem Minus von 25 bis 30 Millionen Euro. Das trifft die deutsche Spitzenforschung ins Mark.

Die Folgen für den Forschungsstandort Deutschland sind dramatisch. Allein bei der DFG können bis zu 2000 Doktoranden nicht mehr gefördert werden. Die

junge begabte Elite wird unserem Land den Rücken kehren, da der Wissenschaftsstandort Deutschland keine Perspektiven bietet. Gerade in der heutigen Zeit können wir es uns aber nicht leisten, auf den leistungsbereiten Nachwuchs zu verzichten.

Ein rein bürokratischer Ansatz

Mit dem Vier-Milliarden-Programm für Ganztagschulen will Rot-Grün der Bildung Priorität geben. Doch statt in Qualität zu investieren, verfolgt die Regierung einen rein zentralistischen und bürokratischen Ansatz. Er lautet: vier Milliarden Euro, ein paar Richtlinien, und schon ist die schöne neue Ganztagschulwelt da.

Das Konzept stimmt jedoch hinten und vorne nicht: Die Mittel reichen nur für eine Anschubfinanzierung von Sachinvestitionen. Wie sieht es aber mit der weiteren Finanzierung aus? Darauf bleiben die Schulen oder die Länder sitzen. Verwaltungs-vorschriften blockieren die

Umsetzung von innovativen, am jeweiligen Bedarf orientierten Ideen einzelner Schulen. Auch ist noch garnicht gesichert, wie viel Geld tatsächlich bei den Schulen ankommen wird, denn die vier Milliarden Euro stehen unter einem Haushaltsvorbehalt. Welche Qualität der zusätzliche Unterricht haben wird, welche pädagogischen Konzepte verwirklicht werden sollen, darüber wurde auch noch kein Wort verloren. Ange-sichts der Forderung nach „Lufthoheit über Kinderbetten“ kann man aber nur skeptisch sein.

Bildungspolitik muss jedoch einen anderen Ansatz verfolgen. Nicht der Faktor Zeit, sondern die Qualität von Bildung und Erziehung ist ausschlaggebend. Wir brauchen daher nationale Bildungsstandards und Leistungsvergleiche, damit Chancengerechtigkeit nicht mehr eine Frage des Wohnorts ist. Fördern und Fordern müssen Hand in Hand gehen. Das gilt für die leistungsschwachen, aber auch für die leistungsstarken Kin-

Unwort des Jahres

Unwort des Jahres 2002: „Lufthoheit über den Kinderbetten“

CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer hat der Jury für das „**Unwort des Jahres**“ vorgeschlagen, in diesem Jahr „**Lufthoheit über den Kinderbetten**“ auszuwählen. Mit diesen Worten hatte SPD-Generalsekretär Olaf Scholz am 3. November 2002 im Deutschlandfunk die Zielsetzung der Familienpolitik von Rot-Grün beschrieben. Wörtlich sagte er: „Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern.“

Diese Wortwahl ist ein Aufruf zu maßlosen staatlichen Eingriffen in den Kernbereich der Familie. Eltern und Kinder werden damit instrumentalisiert für politische Zwecke. Der SPD-Generalsekretär hat damit eine kritische Grenze überschritten.

Unabhängig von der parteipolitischen Auseinandersetzung müssen wir in einem einig bleiben: Was sich hier in der Sprache verrät, darf nicht Realität werden. Dazu kann die Jury „**Unwort des Jahres**“ einen wichtigen Beitrag leisten.

Wenn sie diesen Vorschlag unterstützen wollen, schreiben Sie bis zum **7. Januar 2003** an den Vorsitzenden der Jury,

Herrn Prof. Dr. Horst D. Schlosser
Universität Frankfurt (Fach 161)
60629 Frankfurt am Main
Telefax: 0 69/7 98-3 26 75
E-Mail: schlosser@lingua.uni-frankfurt.de

Besser für die Menschen.



V.i.S.d.P.: CDU-Bundesgeschäftsstelle · Klingelhöferstraße 8 · 10785 Berlin · www.cdu.de · E-Mail: post@cdu.de

der. Wer eine bessere Unterrichtsqualität erreichen will, muss auch bei der Lehreraus- und -fortbildung ansetzen. Darüber hinaus muss Frühförderung einen höheren Stellenwert bekommen. Die Verbesserung der Betreuung in den Kindergärten

sowie die Förderung der Erziehungskompetenz der Eltern sind daher von großer Bedeutung.

Das hat Rot-Grün aber nicht verstanden. Quantität statt Qualität lautet weiterhin das Credo in der rot-grünen Bildungspolitik. **UID**

Landesverband legt neue **Mitgliederzeitung** auf

Der CDU Landesverband Mecklenburg-Vorpommern wird ab dem nächsten Jahr eine neue Mitgliederzeitung auflegen.

Unter dem Titel **CDU^{MV}** **aktuell** wird das Informati onsblatt monatlich über die Arbeit des Landesverbandes und der Landtagsfraktion be richten. Darüber hinaus er halten die Kreisverbände und die CDU-Vereinigungen die Möglichkeit, über Veranstal tungen, Aktivitäten und Ter mine zu berichten.

■ **Parteikommunikation verbessern:** „Wir möchten mit dem neuen Informationsblatt **CDU^{MV} aktuell** die Kommunikation innerhalb der Partei verbessern. Dabei ist es wichtig, dass jedes Mitglied ein gutes Informationsangebot bekommt,“ betont Reiner Holznagel, Referent für Politik- und Öffentlichkeitsarbeit in der Landesgeschäftsstelle. Das Informationsblatt wird neben einem zentralen Thema auch kleinere Ereignisse aufgreifen, um diese dann aus Sicht der Partei und ihrer Gremien darzustellen.

■ **Neue Wege beim Ver- sand:** Der Landesgeschäftsführer Klaus-Dieter Götz möchte beim Versand

der neuen Zeitung neue Wege gehen.

„Da wir aus Kostengründen herkömmlichen postalischen Versand nicht realisieren können, wird das neue Informationsblatt per E-Mail verschickt. Mitglieder,

Freunde und Interessierte haben die Möglichkeit, sich in einem Verteiler aufzunehmen zu lassen. Ihnen wird dann jeden Monat die Zpdf-Format zuges

■ **Mit der Weihnachtspost
publik gemacht:** Daneben
stellt die Landesgeschäfts-
stelle sicher, dass den Kreis-
verbänden ein bestimmtes
Kontingent in gedruckter
Form zur Verfügung gestellt
wird. Diese Exemplare kön-
nen auf Versammlungen
ausgelegt werden, eignen
sich aber auch als erste In-
formation bei der Mitglie-
derwerbung.

Um die Zeitung im Landesverband publik zu machen, wird sie allen Mitglie-

dern mit einem Weihnachtsgruß des Landesvorsitzenden, Eckhardt Rehberg, per Post zugesandt.

Die CDU-Mitglieder erhalten so einen ersten Eindruck und können dann die Zeitung per E-Mail bestellen.

■ Abonnieren Sie CDU^{MV} aktuell! ■
Senden Sie unter An-
gabe Ihrer E-Maila-
dresse ein kurze Info
an: post@cdu-mv.de
■ Sie erhalten dann
monatlich in Form ei-
ner pdf-Datei
CDU^{MV} aktuell. ■

DEN KOLLAPS der Rentenversicherung im nächsten Jahr hat der Bundesrechnungshof in einem Gutachten prognostiziert. Die Prüfer: Monate mit niedrigem Beitragsaufkommen können nicht mehr aufgefangen werden. Deshalb wachse die Gefahr, dass die Zahlungsfähigkeit „ab 2003 nur mit zusätzlichen Bundesmitteln gewährleistet“ ist.

BEI DERZEIT 3,2 MRD.

Euro liegt nach neuesten Erkenntnissen der rot-grünen Bundesregierung das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen. Bisher hatte die Bundesgesundheitsministerin von „gut zwei Milliarden Euro“ gesprochen.

SCHWARZ sieht angesichts der einschneidenden Sparbeschlüsse der rot-grünen Bundesregierung der deutsche Einzelhandel, für den 2002 bereits das schlimmste Krisenjahr seiner Geschichte war: ■ 10.000 Geschäftspleiten, ■ 30.000 Arbeitsplätze weniger und ■ ein Umsatzminus von bis zu drei Prozent. Walter Deuss, Präsident des Einzelhandelsverbands: „Um unsere Zukunft ist es nicht gut bestellt.“

VERUNSICHERUNG durch die Regierungspläne bei Renten, Arbeitsplätzen

und Steuern hat einer GfK-Studie zufolge die Konsumstimmung in Deutschland auf einen historischen Tiefpunkt gedrückt. Wenn die Deutschen im nächsten Jahr ihre ersten Lohn- und Gehaltsabrechnungen zu Gesicht kriegen, so die Nürnberger Marktforscher, werde sich die Talfahrt womöglich noch weiter fortsetzen.

JEDER FÜNFTE Arbeitsplatz im deutschen Handwerk ist innerhalb von sechs Jahren abgebaut worden. Gleichzeitig gingen, wie das Statistische Bundesamt in Wiebaden mitteilt, die Umsätze durchschnittlich um 5,1 Prozent zurück.

DIE ROT-GRÜNE Gesundheitspolitik hat für die Entwicklung der deutschen Arzneimittelhersteller schlimme Folgen: Zum ersten Mal seit 1996 plant eine überwiegende Mehrheit von 82,1 Prozent der Unternehmen den Abbau von Arbeitsplätzen. Wie der Vorsitzende des Verbands Forschender Arzneimittelhersteller, Bernhard Scheuble, weiter bekannt gab, rechnen 53,6 Prozent mit Umsatzrückgängen im kommenden Jahr.

REKORDE haben die deutschen Amtsgerichte bei

den Zwangsversteigerungen von Immobilien zu verzeichnen. Wie die Ratinger Argetra GmbH mitteilt, ist mit 87.000 Zwangsversteigerungsterminen die Rekordmarke des Vorjahres um zehn Prozent überschritten worden.

UNTERDECKUNG in Milliardenhöhe bei den Pensionsfonds drückt auf den Gewinn des Siemens-Konzerns. Siemens-Chef Heinrich von Pierer: Deutlich höhere Belastungen für die in- und ausländischen Pensionspläne und niedrigere Sondererträge beeinflussen das Nettoergebnis im laufenden Geschäftsjahr. Das operative Ergebnis von 2002/2003 wolle der Konzern jedoch trotz schwacher Konjunktur steigern.

20 Mrd. EURO würde der EU-Beitritt der Türkei jährlich kosten. Auf diese Summe hätte nach ersten vorsichtigen Berechnungen der EU-Kommission das Land als EU-Mitglied Anspruch. Nach dem gültigen Finanzierungsschlüssel müssten die Deutschen davon fünf bis neun Milliarden Euro pro Jahr bezahlen. CDU-Abgeordneter Elmar Brok: „Die 20 Milliarden würden den EU-Haushalt sprengen.“

Die Regierung hat sich im Wahlkampf gegen die Ehrlichkeit entschieden

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle widerlegt die Behauptungen des Kanzlers in der ZDF-Sendung „Was nun, Herr Schröder“ am 4. Dezember:

Schröder: „Der entscheidende Punkt wird das sein, was wir mit Zeit- und Leiharbeit verbinden. Denn wir haben unter 1 Prozent in diesem Bereich, in den Niederlanden z.B. über 4 Prozent. Da sind wirklich Möglichkeiten, Arbeitslose in Lohn und Brot zu bringen. Die wollen wir schaffen.“

FAKT:

Selbst Hartz glaubt nicht dran

„Fachleute haben ermittelt, dass mit den Personal-Service-Agenturen 250.000 bis 350.000 Arbeitsplätze entstehen können. Dies setzt natürlich voraus, dass diese Menschen zu wettbewerbsfähigen, also spürbar niedrigeren Löhnen arbeiten. Nach einer Faustformel müssen sie rund 30 Prozent niedriger sein. Wenn man sich jetzt aber stattdessen an die These Gleicher Lohn für

gleiche Arbeit hält, kann die Leiharbeit in großem Umfang nicht funktionieren.“ (Peter Hartz, Der Spiegel, 25. November)

75.000 Arbeitsplätze durch Neuregelung der Leiharbeit in Gefahr

Nach Schätzung des Bundesverbandes Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen (BZA) gefährdet die von Rot-Grün im Bundestag beschlossenen Neuregelung der Zeitarbeit bis zu 75.000 Jobs.

ZDF: „...dass es nicht immer ganz einfach ist, den Bürgern vor der Wahl die ganze Wahrheit zu sagen.“ **Schröder:** „Vielleicht nicht einfach, aber notwendig und zwar so, wie man es zu dem Zeitpunkt selber berichtet bekommt und empfindet. Es geht ja manchmal nicht nur um Fakten, sondern auch um Bewertungen.“

FAKT:

Oswald Metzger (ehemaliger haushaltspolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der Grünen): Die Regie-

rung hat sich im Wahlkampf gegen die Ehrlichkeit entschieden

„Dass wir nicht die Einnahmen erreichen und die Ausgabenlinie aus der Planung halten können, das war von vornherein klar, aber man durfte es nicht sagen. Das galt als Verstoß gegen den Codex: Im Wahlkampf sagt die Politik nicht die Wahrheit, weil ansonsten der Nimbus der Finanzpolitik dieser Koalition im Bereich Sparen natürlich schon vor der Wahl kaputt gewesen wäre.“ (Quelle: ZDF, Frontal 21 am 12. November)

„Das wäre der größte anziehende Unfall in der Finanzpolitik für die Regierung gewesen. Und in diesem Abwägungsprozess haben sich die SPD und die Bundesregierung und auch der Bundesfinanzminister fürs Weiterregieren entschieden und gegen die Ehrlichkeit.“ (Quelle: ZDF, Frontal 21 am 12. November)

„An dieser Ehrlichkeit in der Finanzpolitik hat es meine eigene Regierung absolut fehlen lassen. Und dann im Nachgang so zu tun, als ob praktisch innerhalb einer Wahlnacht plötzlich ein desaströses Finanzloch im

Bundshaushalt sich aufzute, das glaubt doch niemand.“ (Quelle: ZDF, Frontal 21 am 12. November)

„Hans Eichel hat mindestens das gewusst, was mir als Haushaltssprecher und Parlamentarier einer Regierungspartei klar war. Ich kann Zahlen lesen und ich kann Konjunkturprognosen hochrechnen. Selbst wenn ein Wunder passiert wäre und wir im vierten Quartal des laufenden Jahres ein Superwachstum erzielt hätten, quasi aus dem Stand ist das überhaupt nicht darstellbar, hätten wir die Drei-Prozent-Hürde gerissen. Also Hans Eichel musste wissen, was ein Oswald Metzger gewusst hat.“ (ZDF-Sendung „Frontal 21“ am 19. November)

Schröder: „Erstens war die Frage eine Frage nach der Mehrwertsteuererhöhung, und das habe ich ausgeschlossen, und dabei ist es auch geblieben.“

FAKT:

Bundeskabinett hat Mehrwertsteuererhöhung längst beschlossen

Für zahlreiche Gebrauchsgüter wie Blumen, Überraschungseier oder landwirtschaftliche Vorprodukte soll

nach dem am 3. Dezember in den Bundestag eingebrochenen Regierungsentwurf des „Steuervergünstigungsabbaugesetzes“ (S. 21 ff.) der Mehrwertsteuersatz auf 16 Prozent verdoppelt werden. Zusammen mit der erhöhten Mehrwertsteuer für Zahn-technikerleistungen erwartet Bundesfinanzminister Hans Eichel Mehreinnahmen in Höhe von rund 1,4 Mrd. Euro (Bundesfinanzministerium, S. 4 ff.) Eine Familie mit zwei Kindern und einem monatlichen Brutto-Einkommen in Höhe von 2.500 Euro wird durch die Beschlüsse der Regierung Schröder nach einer Modellrechnung des Bundes der Steuerzahler mit rund 90 Euro pro Monat oder über 1.000 Euro im Jahr zusätzlich belastet. Allein die Mehrwertsteuererhöhung schlägt mit 120 Euro Mehrausgaben pro Jahr zu Buche.

Schröder: „Es gibt eine Reallohnsteigerung von 7 % für die Arbeitnehmer, und es gibt einen wachsenden Realanteil der deutschen Exportwirtschaft in den letzten vier Jahren.“

FAKT:

Arbeitnehmer haben weniger Netto

Die Real-Einkommen der Arbeitnehmer sind zwar durch mäßige Tarifabschlüsse leicht gestiegen. Berücksichtigt man jedoch die Ökosteuer und die Erhöhung von Tabak- und Versicherungssteuer, dann haben Arbeitnehmer heute im Gegensatz zu 1998 weniger in der Tasche: Eine durchschnittliche Arbeitnehmerfamilie (verheiratet, 2 Kinder, Jahresbruttoeinkommen 1999: 32.000 Euro, Netto 1999: 22.740 Euro, Jahresfahrleistung: 20.000 Kilometer, Stromverbrauch: 4.500 kWh, Heizölverbrauch: 3.500 Liter) musste 1999 – 2002 durchschnittlich 1,4 Prozent ihres Nettoeinkommens allein für die Ökosteuer aufwenden. Das sind rund 500 Euro pro Jahr. 2003 sollen es mit der nochmaligen Erhöhung schon 550 Euro sein.

Auch hier Schlusslicht in Europa

Auch bei der Entwicklung der Einkommen ist Deutschland Schlusslicht in Europa: Während die realen Einkommen innerhalb der EU durchschnittlich um 1,1 Prozent gestiegen sind (Großbritannien: +3,7 Prozent; Spanien: +1,1 Prozent), sanken sie in Deutschland um 0,2 Prozent (Frühjahrsgutachten der EU-Kommission, S. 118).

Neue Bürokratie, neue Subventionen, neue Privilegierungen

Zum ersten und zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Hartz I und II) erklärte der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die beiden Gesetzentwürfe der Bundesregierung (**BT Drs. 15/25 und 15/26**), die am 15. November vom Bundestag verabschiedet wurden, dienen der Umsetzung der Vorschläge der so genannten „Hartz-Kommision“ vom Sommer dieses Jahres. Das Erste Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt enthält die nicht zustimmungspflichtigen und das Zweite Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die zustimmungspflichtigen Teile. Der Bundesrat hat am 29. November die Anrufung des Vermittlungsausschusses für beide Gesetze beantragt.

Die beiden Gesetzentwürfe enthalten einzelne Punkte, die durchaus in die richtige Richtung gehen, wie beispielsweise die Regelung zur beruflichen Weiterbildung oder zur frühzeitigen Arbeitslosmeldung.

Auch die Änderung im Teilzeit- und Befristungsgesetz oder beim Unterhaltsgeld ist akzeptabel.

Die Regelungen zu den Personal-Service-Agenturen (PSA), zur so genannten Ich-AG, zu den Mini-Jobs in privaten Haushalten oder zu dem Brückengeld für ältere Arbeitslose gehen eindeutig in eine falsche Richtung. In allen Fällen muss bezweifelt werden, dass hierdurch neue Beschäftigung entsteht. Sicher ist nur, dass hierdurch neue Bürokratie, neue Subventionen sowie neue Privilegierungen geschaffen werden. Bis auf die Regelungen zur PSA sind die genannten Punkte im zweiten und damit zustimmungspflichtigen Teil der Hartz-Gesetze enthalten.



Überregulierungen beseitigen

Die Personal-Service-Agenturen führen zu staatlich organisierter Leiharbeit, obwohl es eine große Zahl etablierter, großer und kleiner, vor allem aber wirtschaftlich arbeitender priva-

ter Zeitarbeitsunternehmen in Deutschland gibt. Die rund 6000 Zeitarbeitsunternehmen haben im Jahr 2001 nach eigenen Angaben etwa 800.000 Menschen als Leiharbeiter beschäftigt, und hiervon haben rund 250.000 anschließend eine Festanstellung in dem Entleihunternehmen gefunden. Diese Erfolgsgeschichte wird nun beendet, dadurch, dass Leiharbeitnehmer künftig Anspruch auf die im Entleihbetrieb geltenden Arbeitsbedingungen einschließlich des Arbeitsentgeltes haben sollen. Die Zeitarbeitsunternehmen schätzen, dass bei Einrichtung von bundesweit etwa 500 PSA maximal 40.000 Menschen beschäftigt werden und von diesen höchstens 15.000 in eine feste Anstellung vermittelt werden können. Richtig wäre es, die Zeitarbeit nur von Privaten, im Wettbewerb stehenden Unternehmen organisieren zu lassen und die Vorschriften des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes von allen Überregulierungen zu befreien.

Die Ich-AG ist derzeit ohne jede Anreizwirkung,

da in keinem der beiden Gesetzentwürfe geregelt ist, wie sie besteuert werden soll. Damit besteht die Ich-AG nur aus einem Existenzgründerzuschuss der Bundesanstalt für Arbeit, der erstens eine weitere Subvention darstellt und der zweitens gegenüber einem anderen Förderinstrument der Bundesanstalt, dem Überbrückungsgeld, deutlich unattraktiver ist. Wesentlich besser und effektiver wäre es, die Regelungen zur sogenannten Scheinselbstständigkeit ersatzlos zu streichen, wie dies die Union schon wiederholt gefordert hat..

Die Mini-Jobs in privaten Haushalten sind ein unzureichender Ansatz, um im Niedriglohnbereich zu mehr Beschäftigung zu kommen. Dieses Instrument wird auf haushaltsnahe Dienstleistungen beschränkt, wohingegen die Union mit dem Gesetzentwurf „zur Aktivierung kleiner Jobs“ deutlich weitergeht und eine sozialversicherungsfreie Beschäftigung für jedermann und für alle Bereiche bis zu 400 Euro vorsieht. Damit auch in dem Segment bis 800 Euro monatlichem Verdienst ein Anreiz zu legaler Beschäftigung entsteht, schlägt die Union in dem Bereich zwischen 401 und 800 Euro vor, die Sozialver-

sicherungsabgaben degressiv zu gestalten, so dass die Belastung für den Arbeitnehmer nur allmählich ansteigt und sich gerade auch für niedrigere Einkommen die Schere zwischen Brutto und Netto langsam wieder schließt.

Brückengeld ist ein falscher Anreiz

Die Einführung eines Brückengeldes für über 55-Jährige wird offenbar von der Bundesregierung selber für unsinnig gehalten, da das Instrument auf zwei Jahre begrenzt ist. Es steht zudem im Widerspruch zu anderen Instrumenten, die im Gesetz neu festgelegt werden wie etwa der Lohnversicherung für über 50-Jährige, womit diese einen Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhalten sollen. Das Brückengeld dagegen setzt Anreize, bereits mit 55 Jahren aus dem Arbeitsmarkt auszuscheiden. Angesichts der demographischen Entwicklung und der Finanzsituation in den Sozialversicherungssystemen ist ein weiterer Anreiz zur Frühverrentung und eine neue Vorruestandswelle geradezu kontraproduktiv und schädlich. Auf diese Maßnahme muss verzichtet werden.

Der Vorteil der Regelung zum Brückengeld liegt für die Regierung vor allem darin, dass damit 560.000 Arbeitslose weniger in der Statistik erscheinen. So viele Menschen über 55 Jahre sind derzeit bei der Bundesanstalt arbeitslos gemeldet. Auch von der Regelung zu den Personal-Service-Agenturen profitiert zu allererst die Statistik, da alle von den Arbeitsämtern dorthin überwiesenen Arbeitslosen zu Leiharbeitnehmern werden und aus der Statistik herausfallen. Die Hartz-Kommission selber geht davon aus, dass es auf diesem Wege 500.000 Arbeitslose weniger geben wird. Der Statistikbereinigung dient auch ein weiteres Vorhaben der Hartz-Kommission, das in den beiden Gesetzentwürfen noch nicht enthalten ist, nämlich die Anpassung der Statistik an den europäischen Standard. Da die europäische Arbeitslosenstatistik für Deutschland 8,3 % Arbeitslosigkeit ausweist, die Statistik der Bundesanstalt aber 9,4 %, wird diese Anpassung die Arbeitslosenquote um einen Prozentpunkt senken, das heißt um 400.000 Arbeitslose. Die Bundesregierung erreicht also auf jeden Fall eine um insgesamt rund 1,5 Millionen Arbeitslose bereinigte Statistik.

UD

Starke Kommunen. Starkes Land

Die baden-württembergische CDU hat auf ihrem 45. Landesparteitag am 7. Dezember in Sindelfingen einen Kommunalpolitischen Leitantrag verabschiedet. „Starke Kommunen – Starkes Land“ war das Motto, denn 2004 werden hier alle über tausend Kommunalparlamente neu gewählt. Bislang ist die CDU die mit Abstand stärkste politische Kraft. Und das soll auch so bleiben.

Die Südwest-Union hat sich dabei mit zahlreichen Fragen beschäftigt, denn auch am wirtschaftlich starken „Ländle“ geht die Wirtschaftskrise nicht spurlos vorüber. Doch stand neben den Kommunalfinanzen – Stichwort Gewerbesteuerreform, Öffnungsklauseln zur flexiblen Entbürokratisierung, Neuordnung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe, Kreditversorgung des Mittelstandes und Finanzdienstleistungen im Ländlichen Raum – ein ganz anderes, recht landesspezifisches Thema im Mittelpunkt: Sollen Landräte künftig vom Volk direkt gewählt werden? Die Junge Union unternimmt seit Jahrzehnten wiederholt

Vorstöße in diese Richtung. Doch die überwiegende Mehrheit der 416 Delegierten erteilte auch diesmal diesen Plänen eine klare Absage. So bleibt es aus Sicht der CDU bei der Wahl der

Landräte durch den Kreistag, wie es in der Bundesrepublik sonst nur in Brandenburg üblich ist. Eshat sich einfach bewährt. Dieser Punkt hatte aber zuvor in der Öffentlichkeit wie auf dem Parteitag selbst zu lebhaften Diskussionen geführt.

Verlässliche Angebote für die Betreuung von Kindern

Als zweites wichtiges Papier kam das Antragspapier *Bündnis für ein kinderfreundliches Baden-Württemberg* zum Aufruf, das eine überwältigende Mehrheit fand. Kernpunkte hierbei sind ein bedarfsgerech-

tes Betreuungsangebot für Kinder, die gezielte Sprachförderung von Kindern sowie weiterhin eine ständige qualitative Verbesserung des Bildungsauftrages in Kindergärten und Schulen. „Uns geht es darum“, so heißt es in dem Papier, „Eltern an ihrer jeweiligen Lebenssituation orientierte und verlässliche Betreuungsangebote zur Verfügung zu stellen, ohne ihnen vorzuschreiben, wie sie ihre Kinder erziehen sollen“.

Der Bezirksverband Nordwürttemberg konnte sich mit seinem Anliegen durchsetzen, die Geschwindigkeitsbegrenzungen auf unseren Autobahnen zu überprüfen und gegebenen-

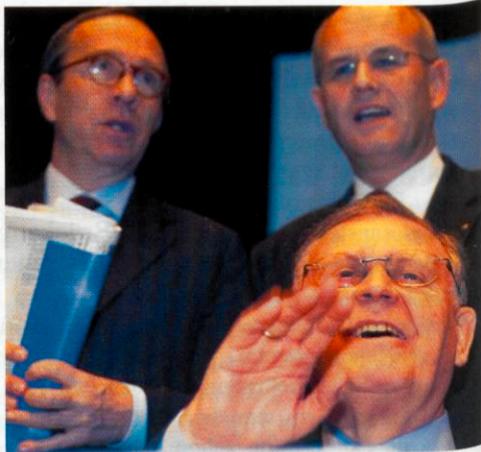


Foto: dpa

Prominentester Gast: Angela Merkel

In der Erfurter Messe fand am 7. Dezember der 15. Landesparteitag der CDU Thüringen statt.

Neben den Berichten des Landesvorsitzenden und des Ministerpräsidenten stand die turnusgemäße Wahl des neuen Landesvorstands auf dem Programm. Als besonderen Gast konnte die Thüringer Union die Parteivorsitzende und Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Angela Merkel, begrüßen.

An der Thüringer Landes spitze hat sich am Wahlsamstag nichts geändert. Alter und neuer Landesvorsitzender: Dieter Althaus, MdL.

Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden gewählt: Finanzministerin Birgit Diezel, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Manfred O. Ruge und In-



Dieter Althaus

nenminister Andreas Trautvetter. Landesschatzmeister ist Michael Schneider.

Als Beisitzer wurden gewählt: Johanna Arenhövel, Rolf Berend, Gustav Bergemann, Evelin Groß, Manfred Grund, Peter Hengstermann, Michael Krapp, Thomas Kretschmer, Christian Köckert, Johanna Köhler, Mike Mohring, Roland Richwien, Carola Stauche, Christina Tasch und Christine Zitzmann.

DIE „AKTION TEILEN“ der Senioren-Union findet große Anteilnahme. Jetzt hat sich auch Hamburg der Hilfe für die Flutopfer an der Elbe angeschlossen. Nach wie vor ist diese Hilfe auch dringend nötig. Kreisvorsitzender der SU Oberspreewald/Lausitz, Lothar Kühnel: „Angesichts der Schäden zum Beispiel in Pirna brauchen wir noch einen langen Atem, damit auch wirklich alle Häuser wieder bewohnbar gemacht werden können.“ – Kontakte: Oskar Pahnke, Tel.: 02331 / 51833.

falls aufzuheben. Ferner soll nach dem Willen der Delegierten die Europawahl sowie die Kommunalwahl im Jahr 2004 am selben Tag abgehalten werden. Nicht durchsetzen konnte sich der neue Landesvorsitzende der Jungen Union, Thomas Baireß, der in einem Initiativantrag gefordert hatte, bis 2006 die Landesverwaltung personell um mindestens 25 Prozent abzuspecken.

Großer Beitrag für Erwin Teufel

„Ein Vulkan namens Teufel“ kommentierten die *Stuttgarter Nachrichten* die Rede des Landesvorsitzenden Erwin Teufel. Der Ministerpräsident geißelte insbesondere die rot-grüne Wirtschaftspolitik: „Flops statt Jobs, das ist die Bilanz dieser Bundesregierung.“ Sie spreche von Gerechtigkeit und versündige sich an den Schwächen. „Wenn Gott ein Volk strafen will, dann raubt er den Regierenden den Verstand. Deshalb sage ich: Herr, schmeiß Hirn na.“ Die Delegierten feierten den Landesvorsitzenden mit stehenden Ovationen. „Unumstritten war Teufel die beherrschende Figur des Parteitags“ resümierte die *Stuttgarter Zeitung*.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Ungeniert gelogen

Selbstverständlich hat die Bundesregierung vor der Bundestagswahl die Unwahrheit gesagt. Es gab wohl noch nie einen Wahlkampf, in dem so ungeniert gelogen und getrickst worden ist. Jeder hat noch im Ohr, wie der Kanzler und sein Finanzminister versichert haben, der Bundeshaushalt sei in Ordnung, es gebe keine zusätzlichen Staatsschulden. Jeder erinnert sich an die Lobeshymnen auf Arbeitsminister Riester, der die Rentenversicherung angeblich in Ordnung gebracht hat. Und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt schwor Stein und Bein, dass sie die Kosten im Gesundheitswesen im Griff hätte. Es mag sein, dass es Bürger gegeben hat, die der Bundesregierung die Märchen geglaubt und in diesem Glauben noch einmal Rot oder Grün gewählt haben. Die atemberaubende Erklärung jedoch, dass das

wahre Ausmaß der wirtschaftlichen Misere erst nach der Wahl – sozusagen über Nacht – offenbar geworden sei, hat der Regierung niemand mehr abgenommen.

Hannoversche Allgemeine

ARBEITSLOSIGKEIT

Weiterer Anstieg zu erwarten

Mehr Arbeitslose, mehr Pleiten, mehr Abgaben. Wenn diese Indikatoren nach oben zeigen, heißt das: Es geht abwärts. Von daher war der letzte Mittwoch ein trauriger Tag. Die Bundesanstalt für Arbeit berichtet, dass wieder mehr als vier Millionen Menschen offiziell arbeitslos gemeldet sind. Die Bundesregierung kann einen weiteren Anstieg auf 4,5 Millionen nicht mehr ausschließen. Parallel dazu prognostiziert die Wirtschaftsauskunftei Creditreform einen Anstieg der Insolvenzen auf 42.000 im nächsten Jahr.

Frankfurter Allgemeine

Die Zukunft sieht düster aus

Die Zahlen an sich sind schon eindrucksvoll, aber erst ein Vergleich macht die Lage so richtig bewusst, in der dieses Land sich befindet: Innerhalb von zwölf Monaten sind so viele Menschen zusätzlich arbeitslos geworden, wie in der großen Stadt Kiel leben. Und das, obwohl zuvor schon mehr Leute keinen Job hatten, als in Hamburg, München und Köln insgesamt wohnen. Das Dramatische an der aktuellen Statistik ist, dass sich ein fester Sockel von vier Millionen zu bilden scheint. Die Zukunft sieht düster aus für die Menschen, die hinter diesen trockenen Zahlen stecken.

Süddeutsche Zeitung

KRANKENKASSEN

Das Defizit wächst

Die Sozialministerin sollte schleunigst einen Rechenkurs belegen. Dann würde Ulla Schmidt nicht jedes Mal

NEU

Gründungsjahr 1920

KUR

WIRTSCH

so verdutzt gucken, wenn sie bekannt geben muss, dass das Defizit der gesetzlichen Krankenkassen in diesem Jahr doch noch etwas höher ausfallen wird. Kurz vor den Wahlen rechnete die SPD-Politikerin noch mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Vergangene Woche räumte sie ein Defizit von zwei Milliarden Euro ein. Nur eine Woche später summiert sich das Minus schon auf 2,5 Milliarden Euro. Und welche Zahl wird Ulla Schmidt uns in der kommenden Woche präsentieren? Wirklich überraschend kommt das alles nicht. Der Tagesspiegel

KONJUNKTUR

Beängstigend

Nun ist es traurige Gewissheit, wovor Ökonomen seit Wochen warnen: Es gibt konkrete Anzeichen, dass die rot-grüne Regierung die deutsche Wirtschaft in eine neue Krise reißt. Nicht nur das Geschäftsklima ist eingebrochen, auch die Konsumenten sind, wie Umfragen des GfK-

Instituts ergeben haben, so verunsichert wie seit langem nicht mehr. Diese Reaktion verwundert nicht. Schließlich kommt zum Jahreswechsel ein enormer Abgabenschock auf Deutschland zu. Dass das Land in die Ression zurückfallen könnte, ist eine beängstigende Vorstellung. Financial Times

Die Lichter gehen aus

Schwarze Wolken hängen über der Konjunktur. Die Unternehmen investieren nicht mehr, die Konsumenten halten ihr Geld zusammen. Schon seit Jahren hinkt Deutschland bei der Entwicklung der Investitionen hinter allen anderen Industrieländern hinterher. Das ist gerade für ein exportlastiges Land eine fatale Entwicklung. Denn wer seine Anlagen nicht auf dem neuesten Stand hat, gefährdet seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Und der Export ist seit Monaten die einzige Stütze der Konjunktur in Deutschland. Wenn die auch noch wegbrechen sollte, gehen in vielen Werkshallen im

wahrsten Sinne des Wortes die Lichter aus.

Frankfurter Allgemeine

SPD

Es rumort in der Partei

Das Richtige zu tun, fällt Schröder gegenüber seiner Partei zusehends schwerer. Will der Kanzler die Arbeitsmarktreform von Hartz „eins zu eins“ umsetzen, rücken ihm die Gewerkschaften und ihre Büchsenpanner in der SPD-Bundestagsfraktion zu Leibe. Will Schröder den Ladenschluss verlängern, schreien Verdi und die SPD-Frauen. Lehnt Schröder die Vermögensteuer ab, erntet er Protest von SPD-Linken und sogar von Müntefering. Das sind mehr als nur Missverständnisse. Bei den Sozialdemokraten macht sich nach einer langen Schweigephase das Bedürfnis breit, Gegenmeinungen zu formulieren. Lange genug haben vor allem SPD-Parlamentarier Disziplin bei Abstimmungen und Interviews geübt. Jetzt rumort es. Handelsblatt

Windbreaker „CDU“

100% Nylon, dunkelblau, Futterstoff dunkelblau: 65% Polyester, 35% Baumwolle.
Ausstattung: Vorder und Taschenreißverschluss, Bündchenregulierung durch Zugband,
mit Stopper und integrierter Kapuze.

Bestell-Nummer Größe L: **9840**

Bestell-Nummer Größe XL: **9841**

Bestell-Nummer Größe XXL: **9842**

Preis je **1 Stück: 28,00 €**
inkl. MwSt.: 32,48 €



BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Die Preise in den Klammern sind inkl. 7% bzw. 16% MwSt.
Die Versandkosten werden gemäß den Versandbedingungen berechnet.

Windbreaker „Smilie“

ACHTUNG RESTPOSTEN!

Größe S
Bestell-Nummer: **9459**

Größe M
Bestell-Nummer: **9460**

Preis je **1 Stück: 15,30 €**
inkl. MwSt.: 17,75 €



Schal, schwarz-rot-gold

Bestell-Nummer: **9362**
Preis je **1 Stück: 4,80 €**
inkl. MwSt.: 5,57 €



CDU-Regenschirm

Bestell-Nummer: **9658**
Preis je **1 Stück: 7,70 €**
inkl. MwSt.: 8,93 €

UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.



**Plakat
„Steuererhöhungen ziehen wir
nicht in Betracht“**

DIN A1
Bestell-Nummer: 7987
Preis je **50 Stück: 25,00 €**
inkl. MwSt.: 29,00 €

DIN A0
Bestell-Nummer: 7988
Preis je **50 Stück: 37,50 €**
inkl. MwSt.: 43,50 €



**Klappkarte
„Steuererhöhungen ziehen wir
nicht in Betracht“**

Bestell-Nummer: 9985
Preis je **100 Stück: 20,00 €**
inkl. MwSt.: 21,40 €